

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
 Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Kellern 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.
 Agenturen in Deutschland: in allen größeren
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
 G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
 Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies.
 Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
 Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
 furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Der sozialdemokratische Parteitag.

Am Sonntag tritt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wieder einmal zusammen. Man will diesmal das rote Banner inmitten des Hauptplatzes der ultramontanen Partei, in Köln am Rhein, entfalten. Aber nach der bereits bekanntgegebenen Tagesordnung und den Anträgen aus der Mitte der Partei, die jetzt veröffentlicht werden, verspricht auch der Kölner Tag nur eine schwächliche Wiederholung der im vorigen Jahre in Berlin abgehaltenen Verhandlungen zu werden, die bekanntlich sehr erfolgreich gewirkt haben. Daß auch in den Kreisen der Genossen selbst das Wohlgefallen an den rauschenden, aber feierlichen Schaustellungen und Parteiparaden stark abnimmt, dafür zeugen die seit 1890 alljährlich sich wiederholenden Anträge auf Einmischung eines zweijährigen Turnus für die Parteitage. Sie ist auch diesmal wieder von den Genossen in Düsseldorf und Elberfeld beantragt worden; und die Parteigenossen in Brüssel haben diesen Antrag noch durch einen anderen, nicht minder bezeichnenden ergänzt, wonach die Festlichkeiten bei den Kongressen unterbleiben sollen. Sie werden freilich nur wenig Glück mit diesen Vorschlägen haben. Die Sozialdemokratie bedarf dieser Paraden für propagandistische Zwecke, und darum sagen sich die Lokal-, Kreis-, Provinzial-, Landes- und Reichsparteitage. Und nun gar erst die Festlichkeiten, bei denen die Parteitagstempel vor einander das Weichgeschmei schwenken! Ohne Festlichkeit würde „auch sie halt der ganze Parteitag nicht freuen.“ Etwas bescheiden klingt der Antrag des Genossen König-Berlin, dem ersten, grundsätzlichen Teil des Parteiprogramms eine bessere, „womöglich unanfechtbare Fassung“ zu geben. Man hat geglaubt, daß das in Ernst gesehen sei, nachdem die demagogische Rede kassiert, welche die Parteileitung aus Opportunitätsrücksichten fünfzig Jahre hatte bestehen und verbreiten lassen, mit Stumpf und Stiel ausgerottet worden war. Auch die Frage nach der Stellung der Sozialdemokratie zur Religion will nicht zur Ruhe kommen. Genossen aus Solingen wollen den Satz, der die Religion für Privatangelegenheit erklärt, durch den anderen ersetzt wissen, daß die Sozialdemokratie als politisch-wirtschaftliche Partei zwar mit religiösen Fragen nichts gemein habe, aber daß sie auf entschiedenste die Vertreter der verschiedensten Religionsgemeinschaften bekämpfe, wo deren Verhören sich dem Einigungsstadium des Proletariats entgegenstellten. Den sind die Anträge der Genossen in Nürnberg, die verhängen wollen, daß sich eine Art von Beamtenhierarchy in der sozialdemokratischen Partei herausbilde. Kein Parteigenosse soll dem Parteivorstand ohne Unterbrechung länger als 2 aufeinanderfolgende Jahre angehören dürfen. Von den 5 für in Geschäftsjahre mit den Vertretern der Vorstände, Schriftführer oder des Kassiers be- trauten Genossen sollen nicht mehr als drei in einem anderen Geschäftsjahre in die Parteileitung gewählt werden dürfen, von den 7 Kontrollen nicht mehr als 4. Endlich soll kein Parteigenosse das Amt eines Kontrollen länger als 2 aufeinanderfolgende Jahre innehaben. Mit dem Verbote soll zugleich auch wohl erreicht werden, daß einer größeren Anzahl von Genossen der Zutritt zu den „hohen Parteiräumen“ möglich wird.

Für die Kandidatur wird beantragt, in allen Provinzen und Landeskreisen mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung Agitationskomitees zu be- stellen, die die Bewegung auf dem Lande in zweckentsprechender Weise zu fördern und alljähr- lich dem Parteivorstande Bericht zu erstatten haben über Lohn- und Lebensverhältnisse der ländlichen Arbeiter. Bei uns kräftiger Zentralisation der Partei wird auch diesmal wieder die Ausgabe eines Wochenblattes beantragt, daß auf dem Ver- liner Tage auf Vollmarsch Betrieben bekanntlich mit kleiner Mehrheit abgelehnt wurde. Gegen den „Vorwärt“ selbst liegt wieder ein Mißtrauens- votum vor. Die größeren Ueberflüsse, die mit ihm erzielt werden, sollen nicht wie bisher an die Parteikasse abgeführt, sondern zur Bereicherung des Inhalts und zur Verkleinerung des Redaktions- personals verwendet werden, damit das Blatt seiner Aufgabe besser als bisher genügen könne. Endlich ist noch die Begründung eines Korrespon- denz- und Telegraphenbureaus angeregt worden.

der 2. Leib-Husaren. Mit größter Spannung folgte er jedem Detail und war dabei der schnei- digste Soldat und beste Kamerad. Als er während der Schlacht am 8. Dezember die Todesnachricht seiner Lieblingschwester erhielt, gab er das Kom- mando keinen Augenblick ab, sondern hielt 14 Stunden im Sattel bei Schnee und Eis. An dem Tage erblindete er! Auch in Manteau gab er das Kommando, trotz seiner Erblindung, nicht ab, bis der König ihn darum bat, um sich ihn nicht zu erhalten. Aber er verließ Feindesland nicht, bevor der Waffensstillstand geschlossen, und mußte sich dann in der Heimat einer Augen- Operation unterziehen. Es war eine glückliche Staats-Operation. Aber der Prinz sah nicht mehr, da sich ein Gehirnleiden infolge der Ueberan- strengungen der Kampagne herausstellte, deren Wirkung eben diese Erblindung gewesen war. 22 Monate nachher, nach langem, schwerem, mit heftigen Schmerzen ertragenem Leiden, ging er, heute vor 21 Jahren, heim. Möchte sie unsere glorreiche Armee, und speziell die Kavallerie, stets bewußt bleiben, welches Beispiel sie im jüngsten Bruder unseres unsterblich geliebten Heidenkaiser- sohn. Dem Kaiser Wilhelm sprach am Sarge seines jüngsten Bruders: „Der ist auch ein Opfer des Krieges! Aus Liebe für das Vaterland, die Armee und mich hat er ein Kommando über- nommen, das selbst für einen zehn Jahre jün- geren der körperlichen Anstrengungen und Verant- wortung wegen zu schwer und groß gewesen wäre. Wie soll Mein Dank für ihn erfolgen! Möge sein Andenken und das Beispiel, das er ihr gab, auch der Armee unvergänglich bleiben!“

Am 22. d. sind es fünfzig Jahre, daß König Albert von Sachsen als Vizepräsident in die Armee trat. Da der König im Jahre 1870/71 als Kronprinz das Gardekorps führte, wird der Tag seines fünfzigjährigen Jubiläums auch in Berlin und Umgebung vielfach und nicht nur von ehemaligen sächsischen Soldaten gefeiert. Die in Berlin und Umgebung lebenden derzeitigen und früheren Offiziere und Sanitäts-Offiziere des XI. (sächs.) Armeekorps vereinigten sich am 22. d., Nachmittags 4 1/2 Uhr, in der oberen Räum- lichkeit des Restaurants Friedrichshof zu einem Festmahl.

Finanzminister Dr. Miquel soll in diesen Tagen dem Kaiser auf Schloss Hohenstein über die neuen Steuerentwürfe und den preussischen Staatshaushalt eingehend Vortrag gehalten haben.

Das Infanterieregiment Nr. 145, zu dessen Chef sich der Kaiser ernannt hat, führt nach einer im „Armeeverordnungsblatt“ erlassenen Kabinetsordre, fortan den Namen Königsinfanterie- regiment Nr. 145.

Auswärtigen Blättern wird von hier in Bezug auf den Hof geschrieben: Die beschästigte- Verlangung des Potsdamer Aufenthaltes hängt lediglich mit Erparungsbedürfnissen zusammen und ist auch auf den Umstand zurückzuführen, daß so- wohl das Hofleben, wie das Leben der hohen Ge- sellschaft in Berlin in diesem Winter ein sehr stilles sein wird. Die kaiserliche Kasse ist durch die, durch außerordentliche Repräsentations- pflichten und durch zahlreiche Wohltätigkeitsak- te in den letzten Jahren so ungewöhnlich in Anspruch genommen, daß der Kaiser, der ein sehr strenger und korrekter Haushalter ist, der seinen Etat grundsätzlich nicht überschreitet, seinen Hofhalt ein- zuschränken wünscht. Da, wie gesagt, der „stan- dard of life“ der hohen Berliner Finanz- aristokratie durch die Ungunst der Zeiten erheblich beeinflusst wird, stehen wir vor einer sehr stillen Winteraison.

Wie die Unfallversicherung neben der Ver- sorgung der Arbeiter nach Verletzungen im Be- trieb noch eine andere recht erhebliche, den Ar- beitern zu Gute kommende Folge gehabt hat, die Unfallversicherung, welche allerdings bei den gewerb- lichen Berufsgenossenschaften bisher weit besser aus- gebildet ist als bei den landwirtschaftlichen und bei den letzteren noch einer besonderen Pflege be- darf, so dient auch die Invaliditäts- und Alters- versicherung neben ihrem Hauptzweck einem dem Wohle der Arbeiter gleichfalls zu Gute kommenden Lebenszweck, nämlich dem Bau von Arbeiter- wohnungen. Nach § 129 des Gesetzes vom 22. Juli 1889 kann das Vermögen der Ver- sicherungsanstalten bis zum vierten Teile auch in Grundstücken angelegt werden. In den Pro- vinzen, welche dem Gesetzvorschlag bei der Vorlage an den Reichstag beigegeben waren, hieß es, daß man bei der Anlage in Grundstücken beifolgt- weise an den Bau oder die Erwerbung von Ar- beiterwohnungen für Rechnung der Versicherungs- anstalten denken konnte. Diejenige in den Provinzen erzielten Resultate sind die Versicherungsanstalten schon vielfach gefolgt. In der Presse wird von immer mehr Anstalten berichtet, welche einen Teil ihres Vermögens in dieser Weise angelegt haben. Zwar haben sie meist nicht die Arbeiterwohnungen für eigene Rechnung erbaut oder erworben, son- dern sie geben das Geld an Baugesellschaften, trotzdem oder gerade deshalb vielleicht um so besser wird der Zweck erreicht, welcher mit der in Rede stehenden Gesetzesbestimmung verfolgt wurde, näm- lich, daß die Arbeiter, soweit als möglich, an reichende Wohnungen zu verschaffen. Den sozial- demokratischen Führern ist jedes Vorgehen, welches die Lage der Arbeiter verbessert, verhasst. Müht sich doch nur ihr Weizen, wenn ein Arbeiter mög- lichst schlecht geht und er deshalb zur Unzufrieden- heit neigt. Sie schreiben sich denn auch gegen dieses Vorgehen der Versicherungsanstalten die Finger wund. Es wird ihnen wohl aber nicht viel nützen. Im Gegenteil gerade an diesem Ge- bahren der sozialdemokratischen Führer kann man ersehen, wie viel die Beschaffung guter Arbeiter- wohnungen zur Verbesserung des sozialen Frie- dens beiträgt. Die Versicherungsanstalten werden also gerade deshalb neben ihrem Hauptzweck der Fürsorge für die Arbeiter in Invaliditätsfällen und im Alter auch der Unterstützung des Baues von Arbeiterwohnungen die größte Aufmerksamkeit widmen. Es ist ja nicht zu leugnen, daß sich bei den Versicherungsanstalten mit den Jahren sehr große Kapitalien anheften werden. Wenn aber ein beträchtlicher Teil derselben zu einem Zwecke Verwendung findet, der dem sozialen Frieden dient, so werden die wirtschaftlichen Gesichtspunkte bei der Vertheilung der Anbahnung von Ka- pitalien, deren Verwendung sonst durch besondere Bestimmungen beschränkt ist, nicht allzusehr in den Vordergrund gerückt werden dürfen.

Düsseldorf, 13. Oktober. Der hier tagende Kongress der Deutschen Vereine gegen den Miß- brauch geistiger Getränke ist stark besucht. Einer

glänzend verlaufenen Vorversammlung folgte heute die Hauptversammlung, die sich mit dem Trunksuchtsgesetz beschäftigte und die Verpflich- tung der von dem Verein geforderten Verbesserun- gen verlangte.

Hamburg, 12. Oktober. Durch die Er- öffnung der beiden neuen Häfen im südlichen Frei- hafengebiet, des Hansa- und des India-Hafens, sind unsere Hafenanlagen um eine Wasserfläche von 32 Hektaren vermehrt worden. Die Ge- samtwasserfläche des Hafens beträgt jetzt 132 Hektar, die mit 16 Kilometer Stadtkanalen und 170 000 Quadratmeter Schuppen umgeben sind. Für Entlochung und Beladung der Schiffe sind 234 bewegliche Dampfschiffe (darunter der so ge- nannte Weltkahn mit 150 Tons Hebekraft) und 94 Handkräne vorhanden. Seit 1863 sind auf den Ausbau der Hamburger Häfen 73 Millionen Mark verwandt. Der Besuch der Häfen und ein Einblick in den Hafen- und Schuppenbetrieb ist das geeignetste Mittel die Großartigkeit des ham- burgischen Handels und Verkehrs einigermaßen zu erfassen.

Das Gebäude der General-Felddirektion, mit einem Aufwand von 1/2 Millionen Mark an der Ringstraße erbaut, ist schon polizeilich abgenommen worden und wird in den nächsten Tagen bezogen werden.

Schwerin, 12. Oktober. E. L. H. der Großherzog hat heute eine Deputation des Elbe-Flies-Kanalbau-Vereins, welche aus Schweriner und Wismarker Herren bestand, empfangen. Die Deputation berichtete über die bisherige Thätigkeit des Vereins und überreichte zwei Broschüren: „Der Kanal-Projekt Schwerin-Wismar“ von P. Voeller, fgl. Regierungsbaurmeister in Kiel, und „Der Elbe-Flies-Kanal und seine wirtschaftliche Bedeutung“, bearbeitet und herausgegeben von dem Vorsitzenden des Elbe-Flies-Kanalbau-Vereins. Se. königliche Hoheit unterhielt sich längere Zeit in eingehender Weise mit der Deputation über das Projekt der Kanal-Verbindung Wismar-Schwerin und die Weiterführung des Kanals bis zur Elbe. Das hohe Interesse, welches Se. fgl. Hoheit für die Ausführung des Kanalprojekts be- deutete und die huldvollen Worte: „Ich hoffe, die Herren im nächsten Jahre zum weiteren Vor- rücken empfangen zu können“, gaben die Gewißheit, daß die Bestrebungen des Elbe-Flies-Kanalbau- Vereins an höchster Stelle gefördert werden. — Die Deputierten hatten ferner die Ehre, von dem Ministerpräsidenten v. Bülow, dem Staatsrath v. Bülow, dem Ministerdirektor Schmidt und dem Oberbaudirektor Mensch empfangen zu werden. Die Deputation fand an allen Stellen ein gleiches für das Kanalprojekt interessiertes Ent- gegenkommen und darf man hoffen, daß das Projekt einer Kanalverbindung des Schweriner Sees mit der Elbe auch in diesen hohen Stellen eine Förderung erfahren wird.

München, 13. Oktober. Kammer der Ab- geordneten. Auf die Interpellation betreffend die Futternoth wies der Minister Frhr. v. Feilitzsch auf alle bisher in dieser Hinsicht getroffenen Maß- nahmen hin, wie den Nachschub der Grundbesitzer, die Erleichterung bei der Zahlung der Boden- steuern, die Ermäßigung der Fortlagen und die Verkauflösungen. Der Minister kündigte einen weiteren Gesandten zur Gewährung weiterer Vorstöße im Bedarfsfälle an und schloß mit der Versicherung, daß die Regierung alles anstehen werde, um der bedrohten Landwirthschaft Hilfe und Unterstützung zuwenden. Die Kammer be- schloß, über alle drei vorliegenden Nothstands- anträge die Debatte zu eröffnen und vertagte sich schließlich auf Dienstag.

Oesterreich-Ungarn.

Im österreichischen Reichsrath fand gestern die erste Debatte über den Prager Ausnahme- zustand statt. Ueber den Verlauf der Sitzung erhält das „N. Z.“ aus Wien folgendes Privat- Telegramm:

„Der gefrige erste Tag der Debatte über den Prager Ausnahmezustand lieferte noch keinen verlässlichen Maßstab zur Beurtheilung der Frage, ob das Parlament den Ausnahmeverordnungen zustimmen werde. Für die Verordnungen ist bis- her kein einziger Redner vorgemeldet, alle ange- meldeten Redner sprechen dagegen. Außer den Zungenreden Eim und Slama, die mit maßloser Heftigkeit sprachen, und dem kroatischen Blumini erklärte Barentner namens der deutschen National- partei und Kugler als Beauftragter der Anti- semiten, daß sie gegen den Ausnahmezustand stimmen werden. Für die vereinigte deutsche Fraktion gab Heßberg eine Erklärung ab, die als halbe Kriegserklärung gegen das Kabinett Taaffe bezeichnet werden kann. Heßberg schob der Regierung die Verantwortung für die in Böhmen herrschenden belagerten Zustände mit der Begründung zu, die Regierung habe unterlassen, rechtzeitig die Autorität der Behörden und die Würde des Staates in Böhmen zu wahren. Die Fraktion erklärte indes heute nicht rundweg, daß sie gegen den Ausnahmezustand stimmen werde, sondern darum, weil die Deutschböhmen mit dem Ausnahmezustand einverstanden sind, da derselbe sie vor den nachdrücklichen ungewissen Drangsalen durch die Zungenreden wenigstens theilweise schütze. Des Weiteren ädelte Heßberg gegen die feindlichen Tendenzen der Regierung gegen Bürger- und Bauernschaft, damit die Opposition der Fraktion gegen Taaffes Wahl- reform antwortend. Nach der Erklärung Heßbergs traten die Minister zu einer Beratung zu- sammen. Die Debatte über den Ausnahmezustand wird Dienstag fortgesetzt. Das österreichische Volksgesetz trägt einen unheimlich hippokratischen Zug. Es wird immer wahrscheintlicher, daß die Parlaments-Auslösung bloß eine Frage kurzer Zeit ist.“

Schon jetzt zeigt es sich, daß das Verord- neten des Großen Taaffe mit seinem Wahlreform- projekt im gegenwärtigen Moment ein politischer Fehler war, der auch für die übrigen Regierungs- maßnahmen des Kabinetts Taaffe verhängnisvoll werden kann. Vorläufig ist die vereinigte deutsche Fraktion aus der Waage. Und das läßt sie eben den Grafen Taaffe fühlen.

Wien, 13. Oktober. Die „Polit. Korresp.“ meldet aus Konstantinopel, der Justizminister bereite ein an die Mächte mitzuthetendes Schrift- stück vor, in welchem die Verurtheile betreffs einer ordnungswidrigen Führung des Angora-Prozesses widerlegt werden sollen.

Best, 13. Oktober. Trotz angeblicher straf- gerichtlicher Verfolgung fährt der „Besti Naps“ fort mit der Publikation geheimer Regierungs- depechen über das Futterausfuhrverbot, die nur

aus dem Ministerium gestohlen sein können. Der Chefredakteur Abranyi erklärt sogar, er habe der Gerichtskommission, die in der Redaktion eine Hausdurchsuchung vorgenommen habe, mit Erschießen gedroht.

Best, 13. Oktober. In der Redaktion des „Besti Naps“, wofelst bereits gestern wegen Publi- kation der amtlichen Akten bezüglich des Viehfuhr- Ausfuhrverbots eine Hausdurchsuchung stattfand, wurde heute Abend abermals eine Hausdurchsuchung vor- genommen. Da der Redakteur die Manuskripte nicht herausgeben wollte, wurde Gewalt ange- wendet und sämtliche Schreibfächer geöffnet und durchsucht, die Manuskripte wurden jedoch nicht gefunden.

Frankreich.

Paris, 13. Oktober. In Folge des Gefun- deitszustandes im Senegal ist es unmöglich, Truppen von dort nach Dahomey abzuführen.

Toulon, 13. Oktober. Bei dem Besuch des Stabschefs empfang der Waire den Admiral Avelane mit folgender Ansprache: „Alle französi- schen Herzen schlagen Ihnen einmüthig entgegen. Die enthusiastischen Hochrufe ganz Frankreichs werden Ihnen beweisen, wie tief die Freundschaft der Franzosen für die Russen ist. Toulon ist stolz a. rauh, für diesen Besuch auszuwählen zu sein, welcher die Freundschaft zweier großer Nationen bezeugt.“

Toulon, 13. Oktober. Bei dem Empfang des Admirals Avelane in der Seeprefektur sagte der Marineminister: „In dem Augenblick, wo Sie den Fuß auf französischen Boden setzen, empfinde ich tief die Ehre, Sie im Namen der Re- gierung zu empfangen. Die dankwürdige Erinne- rung an das Jahr 1891 ist allen unseren Herzen gegenwärtig. Kronstadt und Toulon sind hinfür Beweistage, welche von der Sympathie der Nationen Frankreichs und Russlands Zeugnis ab- legen. Als aufrichtige Freunde werden Sie überall begrüßt werden. Im Namen des Präsidenten der Republik, der Regierung und des ganzen Landes bewillkomme ich Sie, Herr Admiral und Sie alle, meine Herren, welche Sie hier sind als Ver- treter eines großen edlen Volkes.“ Admiral Avelane erwiderte, er könne nicht Worte finden, welche genügen, für die Worte des Ministers zu danken. Nicht allein das russische Geschwader, sondern ganz Russland sei es, welches sich von der Herzlichkeit des Empfanges berührt fühle.

Toulon, 13. Oktober. Der Marineminister Rieuvier erwiderte dem Besuch des Admirals Avelane an Bord des russischen Flaggschiffes.

Spanien und Portugal.

Madrid, 8. Oktober. Der Berichterstatter des „Albora“ ist auf dem Kanonenboot „Cerro“, welches Nachrichten vom General Magallo für die Regierung überbrachte, in Malaga ange- kommen und meldet seinem Blatte, daß Melilla sich thatsächlich in einem Zustande der Belagerung befindet. Die Soldaten können die Festungs- manen nicht verlassen, ohne sofort einen heftigen Hagelregen auf sich zu ziehen. Am 5. d. Abends, hat ein größerer Angriff auf die Forts San Miguel, San Lorenzo, Victoria und Santa Barbara stattgefunden, der aber abgeschlagen wurde. Das genannte Kanonenboot ist einige Meilen von Melilla von der Küste aus beschossen worden, doch vertrieb es alsbald die Feinde durch Geschützfeuer. Als es indes Cap Tres Forcas er- reichte, eröffneten die zu Hunderten hinter den Felsen wohlvorgeborgenen Raketen von neuem ein- schlagendes Geschützfeuer. Viele Raketen trafen den Schiffkörper, doch nur eine richtete wirklichen Schaden an, indem sie einem Matrosen die Hand durchbohrte. Die Kanonen traten wieder in Thätigkeit, konnten aber wenig gegen den un- fassbaren Feind ausrichten. Dieser Vorfall beweist von neuem, daß die Flotte nicht in der bisherigen Thätigkeitslosigkeit verharren darf. Dem Admiral zugelassen sein, um zunächst einen Kreuzer, der gleichzeitig als Aviso dienen konnte, nach Melilla abzuordnen. Das Geschwader selbst, bestehend aus dem Panzer „Pelayo“, den Kreuzern „Reina Regente“, „Alfonso XII.“, „Alfonso XIII.“, „Reina Mercedes“, „Sala de Cuba“ und „Conde de Venadito“, sechs Kanonen- und Torpedobooten, zu denen auch noch der ausgenüßlich in Kadix liegende Kreuzer „Sala de Aron“ stoßen kann, soll nach den Chafarinen gehen, von dort die Ceuta die Küste säubern und sich dann in der Bai von Algeciras sammeln, um weitere Befehle entgegenzunehmen. Es ist auch möglich, daß die Flotte auf die hohe See für die bisherige Un- thätigkeit der Flotte bedirkt haben; hat doch die dem französischen Ministerium angeblich nahe- stehende „Gironde“ von Bordeaux dieser Tage geäußert, daß die spanischen Schiffe nicht allein nach Marokko gehen würden. Aus La Ynca wird telegraphisch, daß das englische Kanonenboot „Dramble“ vorgeführt einen Lord der Admiralität und einen hohen Beamten des Kriegsministeriums von Gibraltar nach Tanger gebracht habe, an- geßlich auf telegraphischen Befehl aus London. Von Madrid sind heute Morgen 80 der besten, mit Mausergewehren bewaffnete Schützen nach Melilla abgegangen, was wieder zu patriotischen Rundzügen am Bahnhof Anlaß gab. Die Soldaten und Offiziere mußten ausgelost werden, denn keiner wollte zurückbleiben. Diese Abtheilung soll als Ehrenschiffchen verwandt werden und führt 150 überzählige Mausergewehre mit sich, um weitere Abtheilungen im Gebrauch der neuen Waf- fen auszubilden. Richtiger wäre es jedenfalls ge- wesen, die betreffenden beiden Bataillone selbst nach Melilla zu senden, wo sie die Ueberlegenheit des neuen Gewehres aufs wirksamste hätten zeigen können. — Dem bei Melilla „befehlshenden“ Paskas des Sultans scheint es bei alle dem nicht ganz wohl zu werden. Er bat, die Feindselig- keiten einzustellen, bis der Sultan Ordnung schaffen und die Schutigen bestrafen würde. Diese scheinliche Zustimmung wurde natürlich von der Regierung zurückgewiesen. Nach Berichten aus Tanger weiß der Sultan gegenwärtig noch in oder in der Nähe von Tafilalt. Es dürften also mindestens 14 Tage vergehen, bevor er sich über- haupt zu der Sache äußern kann. Es stellt sich jetzt heraus, daß nicht nur die Leiden verstimmt, sondern auch die Schwerverwundeten, die zurück- gelassen werden mußten, in der grausamsten Weise abgeschachtet worden sind. Drei Spione, die sich innerhalb der Festungsmauern befanden, wurden in Melilla abgeschagt. In amtlichen Kreisen glaubt man, daß die Russen alles in allem genommen etwa 40 bis 50 000 Krieger zusammenbringen können. Camarosa äußerte sich in Biarritz einem Berichterstatter des „Albora“

gegenüber dahin, daß die Regierung für die Vor- gänge in Melilla verantwortlich sei, indem sie, bevor sie den Bau des Forts Guadich anordnete, auch die Folgen hätte bedenken und dafür Sorge hätte tragen müssen, daß die Arbeit durchgeführt werden könne. Best bleibe nichts anderes übrig, als die Befestigungen, soße es was es wolle, wiederherzustellen. Er halte die Lage für ernst, als die große Mehrheit sie ansehe.

Madrid, 13. Oktober. Die Verkünfte aus Altona werden der ärztlichen Beobachtung unter- worfen.

Dänemark.

Kopenhagen, 13. Oktober. Der heutigen Kriegerung für die kaiserliche Lustbacht wohnten der Kaiser und die Kaiserin von Russland, der Großfürst-Thronfolger, die Großfürstin Xenia, Prinz Waldemar und die Prinzessinnen Louise, Viktoria und Mand bei. Der Kaiser legte am Kiel des Schiffes eine Platte nieder, auf welcher eine Zeichnung und die Dimensionen des Schiffes eingraviert waren und wofolst mit entbisttem Haupt dem Schiff Glück und Segen. Hierauf schloß der Kaiser den ersten und die Kaiserin den zweiten Nagel zur Befestigung der Platte ein.

Kopenhagen, 13. Oktober. Der Kaiser von Russland, der Großfürst-Thronfolger, sowie der Großfürst Michael begaben sich heute Nach- mittag an Bord des französischen Kriegsschiffes „Jely“, welches im Flaggenschmuck vor der Ein- fahrt in der inneren Haren lag. Der Kaiser be- grüßte die Offiziere des Schiffes, sowie die an- wesende französische Gesandtschaft. Nach halb- stündigem Aufenthalt verließen die Herrschaften das Schiff. Auf besondere Anordnung des Kaisers salutierte der „Polaris“ die französischen Schiffe mit 30 Kanonenschüssen.

Großbritannien und Irland.

London, 12. Oktober. Die Wahl Lord Elgins zum Vizekönig von Indien erregt allge- meine Verwunderung, da er bis jetzt keinerlei Be- weise von großer Verwaltungstalent ablegen konnte. Er begleitete nur vorübergehend 1886 eine parlamentarische Polchorage als Schatzmeister des königlichen Haushalts und war kurze Zeit Bauminister; er scheint also seine Vorbereitung dem Umfange zu verdanken, daß er zu den 41 Peers gehörte, welche für die Home-Rule-Vorlage stimmten. Sein Vater war ebenfalls Vizekönig von Indien. Uebrigens ist es wiederholt in der jüngsten Geschichte der britischen Verwaltung vor- gekommen, daß Peers sich plötzlich ohne jegliche Vorbereitung auf einem auswärtigen Posten aus- zeichnen, was augenscheinlich bei der asghanischen und flammischen Schwierigkeit um so wünschens- werther wäre.

London, 13. Oktober. Die heute in Bir- mingham abgehaltene Versammlung von Berg- leuten nahm eine Resolution zu Gunsten der Wiederannahme der Arbeit zu den früheren Kohnen an; ferner Resolutionen, in denen die ar- beitenden Bergleute aufgefordert werden, einen Stillstand täglich für die Streikenden abzugeben, in denen die Nothlage beantragt wird, in welche andere Bergbewerke durch das Vorgehen des Verbandes der Grubenbesitzer gebracht worden seien und in denen der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß demnächst alle Bergleute die Arbeit wieder auf- nehmen werden können.

Griechenland.

Athen, 13. Oktober. Die Besserung in dem Befinden der Kronprinzessin Sophie schreitet zusehends vorwärts. Die Kronprinzessin kann schon zeitweise das Zimmer verlassen und unter- nimmt bei schönem Wetter bereits wieder kleinere Spaziergänge im Park ihres Vambises Tatoi, wobei sie meist von ihrem Gemahl und ihrer Schwester, der Erbprinzessin von Weinungen, begleitet ist. Ueber einen von den Prinzen ange- ratenen Aufenthaltswechsel für die Regentin, die in Griechenland durchschnittlich bis in den Februar reicht, sind nähere Dispositionen noch nicht getroffen.

7. pommersche Provinzial- Synode.

Stettin, 14. Oktober.

Die von der Synode an St. Majestät den Kaiser abgegebene Adresse hat folgenden Wortlaut: „Allerdurchlauchtigster, Allergnädigster Kaiser! Allergnädigster Kaiser, König und Herr! Euer kaiserlichen und königlichen Majestät nährt sich die pommersche Provinzialsynode, am Allerhöchstdenke ehrsüchtig zu begreifen und auch bei ihrer siebenten Tagung das Ge- lobnis unumwandelbarer Liebe und Treue zu er- neuern. Die Erinnerung an Euer kaiserlichen und königlichen Majestät Beileben und Zeug- niß an den feierlichen Tagen von Wittenberg im vorigen Jahre, sowie die der Synode dies- mal obliegenden Verhandlungen über den Ein- wurf der Agende, bringen es der ganzen Land- eskirche aufs neue zum Bewußtsein, wie viel die evangelische Landeskirche auch weit über die Grenzen ihres Landes hinaus unserem gelieb- ten und gezeigten Herrscherhause verdankt, die besonderen Aufgaben, welche der Kirche, der Reformation, der Gegenwart gestellt sind, und mit allen Kräften des Glaubens und der Liebe die Wunden des Volkslebens zu heilen und Frieden auszubreiten auf Erden, lassen uns gehobenen Herzens daran denken, daß Euer kaiserliche und königliche Majestät hochherzig und gütig die Führung in den sozialen Aufgaben unserer Zeit übernommen haben. Wir bitten Gott, Euer kaiserliche und könig- liche Majestät, Ihre Majestät die Kaiserin und Königin und das ganze kaiserliche und königliche Haus mit reichem Segen zu krönen zum Heile unseres Volkes und zum Segen der evangelischen Kirche! Euer kaiserlichen und königlichen Majestät allerunterthänigste und treuegebendste siebente ordentliche Provinzial-Synode von Pommern.“

Die heutige (6.) Sitzung der Synode wurde mit verschiedenen geschäftlichen Mittheilungen er- öffnet. Herr Prof. D. Cremer-Greiswald refe- rirt über die Pfarrhülfskasse. Derselbe hebt ver- vor, daß dieselbe bisher überaus legerndig wor- de und daß ein Fortbestehen derselben bringendes Ver- dürfnis sei. Der Referent empfiehlt das von dem

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeilzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Kleinen 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 14. Oktober.

Seine Majestät der Kaiser arbeitete gestern Mittag nach der Rückkehr von der Vorzugs-
pforte auf Jagdschloß Hagenbusch mit dem
Chef des Militärkabinetts, Generaladjutanten von
Sahne. Auch am heutigen Tage hatte der
Monarch einige Vorträge entgegenzunehmen und
Regierungsangelegenheiten erledigt. Ueber die
Rückkehr der kaiserlichen Majestäten nach dem
Neuen Palais verlautet auch bis zur gegen-
wärtigen Stunde noch nichts Sicheres.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt folgende
Informationen: Die Erwägungen hinsichtlich der
beabsichtigten Erweiterung der Reichslempel-
Abgaben sind, wie wir erfahren, noch nicht beendet.
Es kann deshalb auch noch keine feste davon
sein, daß der Bundesrath in dieser Frage eine
Entscheidung getroffen habe. — Zur Unterstützung
der im Reichsamt des Innern inablässig geleiteten
Arbeiten über die Ausführung der Bestim-
mungen, betreffend die Sonntagsruhe für die
Industrie, werden, wie wir hören, noch einige
technische Hilfskräfte herangezogen werden. —
Die durch die Blätter gehenden Meldungen über
die Umgestaltung des Gewerbesteuer-
wesens, die die bezüglichen Erhebungen und Vor-
arbeiten gestatteten, bereits die Aufstellung eines
vollständigen Reformplanes. Das ist aber noch
nicht der Fall; daß in Verbindung mit einer zu-
kunftigen Revision der Zivilprozedur auch
eine erneute Prüfung der Bestimmungen über
das Gutachtenverfahren stattfinden dürfte,
kann als sicher bezeichnet werden.

Die Frage nach einer einheitlichen Be-
zeichnung der Gewichtsmenge von 100 Kilogramm
hat schon früher die Gewerkschaften beschäftigt. Sie
ist neuerdings durch die bekannte Ausfertigung
des deutschen Handelszettel zum Ausdruck unter
drei Bezeichnungen wieder angeregt worden. Wie
wir hören, hat sich bereits eine ganze Anzahl
wirtschaftlicher Vereinigungen mit diesem An-
trage des deutschen Handelszettel beschäftigt und
mehrere haben dabei der Bezeichnung „Doppel-
zentner“ den Vorzug gegeben. Ob es überhaupt
wünschenswert ist, eine solche Bezeichnung zu wählen,
welche nicht ursprünglich ist, vielmehr die 100
Kilogramm in zwei Theile zerlegt, wollen wir
hier nicht unteruchen, jedenfalls ist die Frage
der einheitlichen Bezeichnung der 100 Kilogramm
wichtiger als die auf den ersten Blick scheinen
müßte. Die Umstände, die gegen eine einheitliche
Gewichtsbezeichnung zu Grunde gelegt haben, dennoch
in vielen Gewerkschaften und nicht bloß im
Kleinhandel, sondern auch unter Großhändlern das
Fehlen der einheitlichen Bezeichnungen zur Anwen-
dung gelangt, daß hierin sogar die offiziellen
Personen von Märkten, wie beispielsweise
der Hantelmarkt, noch vorgekommen werden, dürfte
nicht ausreichen sein, so lange es nicht gelingt,
für 100 Kilogramm eine einheitliche Bezeichnung
zu gewinnen. Die Gewerkschaften, die hundertsten
Theile des Zentners als Gewichtseinheit zu be-
zeichnen, ist so groß, daß sie nur dann weichen
würde, wenn sich für 100 Kilogramm eine dementspre-
chende gleich geläufige Bezeichnung findet und
eingetragert. Jedenfalls erscheint man hieraus, daß
auch für die endliche Einführung eines ein-
heitlichen Gewichtszeichens die Gewinmung einer ein-
heitlichen Bezeichnung für 100 Kilogramm eine
Rolle spielt.

Die Sozialdemokraten triumphiren, daß
neuerdings in einigen größeren Städten Urtheile
gegen die Einführung des § 119 a der letzten Ge-
werberechtsnovelle gefällt sind. In Berlin hat
sich bekanntlich der vom Polizeipräsidenten be-
tragte Magistrat, in Hannover das Gewerbeamt
in diesem Sinne geäußert. Es war natürlich
verstandlich, daß die mit der Auszahlung der
Löhne mündiger Arbeiter an deren Eltern
und Vormünder verbundene Abfertigung der Hebung
der Autorität der letzteren und der Acht der
jugendlichen Arbeiter nicht überall auf Verständnis
stießen würde. Gibt es doch Leute, welche für
die Arbeiter im Gegentheil zu anderen Bedürf-
nissen, deren Kinder bis zum 20. Jahre
und darüber hinaus in strenger Schul-
verpflichtung verfallen, aber mit diesen gegen-
ständlichen Urtheilen ist die Angelegenheit nicht abge-
than. Zunächst kann festgestellt werden, daß die
jenigen Gemeinden, welche den § 119 a bisher zur
Einführung gebracht haben, damit gute Erfolge
gemacht haben. Es befindet sich darunter
auch mittlere Städte. Erfolgreich also lassen sich
bereits für die neue Bestimmung der Gewerbe-
ordnung anführen. Sodann darf nicht übersehen
werden, daß die Hebung der Acht der jungen
Arbeiterklasse gerade in den größeren Gemeinden
notwendig und hauptsächlich hier auch auf dem
Wege der Abfertigung des Lohnes an Eltern und
Vormünder möglich ist. Es ist nicht so unrichtig,
wenn das Hauptmoment der Sozialdemokratie
unter den Arbeitern jugendlichen Alters gesucht
wird. Die Ursache davon liegt aber in einem
großen Theil darin, daß die Arbeiter außerordent-
lich früh verheirathet werden und in die Hände
bekommen und deshalb von einem Dinstel befallen
werden, der sehr häufig zu einem Zerfall mit der
Familie und dann auch mit der gegenwärtigen
Staats- und Gesellschaftsordnung führt. Dazu
kommt, daß vornehmlich in größeren Städten den
jugendlichen Arbeitern die Gelegenheit zu unethischen
Geldausgaben gegeben ist, wodurch die Unzu-
verlässigkeit geradezu gezüchtet wird. Die Verwal-
tungen einiger größerer Städte lassen von sich
rühmen, daß sie auf sozialpolitischem Gebiete
mehr geleistet hätten als der Staat. Hat jüngst
doch ein Berliner Blatt auf Heller und Pfennig
herausgerechnet, was die Gemeinde Berlin
einem Arbeiter schenkt, sobald er — zwei
Kinder hat. Darüber zu freieren, wer bis-
her sozialpolitisch mehr geleistet hat, ob Staat
oder Gemeinde, ist müßig. Notwendig ist, daß
keine Faktoren in der neueren Eingetragenen
sozialpolitischer Maßnahmen nicht erlahmen. Die
neueste Gewerbeordnungs-Novelle hat sowohl an
den Staat, als auch an die Arbeitgeber manni-
fache Anforderungen gestellt, an die Gemeinden
nur wenige. Eine der wichtigsten der letzteren ist
allerdings die, daß die Gemeinden durch statuta-
rische Bestimmung der Auszahlung der Löhne
minderjähriger Arbeiter an deren Eltern oder
Vormünder zur Hebung der Acht in der jugend-
lichen Arbeiterklasse beitragen. Es darf erwartet
werden, daß sich die Gemeinden in ihrer über-
wiegenden Mehrheit zu dieser Maßnahme ver-
stehen werden.

Der Bundesrath nahm in der am 13.

o. V. unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten
des Staatsministeriums, Staatssekretärs des
Innern Dr. von Bötticher, abgehaltenen Plenar-
sitzung zunächst die erforderlichen Neuwahlen für
die Stellen eines nichtständigen Mitgliedes des
Reichs-Versicherungsamtes und eines Mitgliedes
des Reichs-Eisenbahnen-Kommissionen vor. Mehrere
Eingaben, betreffend die Ausdehnung der Unfall-
versicherung u. v. m., wurden dem Reichsanwalt über-
wiesen.

Der „Pragelnd“ berichtet aus Warschau:
Dem Eigentümer und Redakteur der deutschen
„Vorder Zeitung“, Karl Wilkens, der auf einer
Ergänzungsfahrt in Deutschland sich befand, wurde
die Rückkehr nach Rußland unterstellt, indem man
ihm zugleich mittheilte, daß die russische Regie-
rung zum Redakteur der „Vorder Zeitung“ einen
Russen, Karkow, ernannt habe, obwohl die Zei-
tung Privatbesitzthum Wilkens ist.

Die erste Nummer der im Ministerium
der öffentlichen Arbeiten herausgegebenen „Zeitschrift für Kleinbahnwesen“ soll als Probenummer
zum 15. Dezember d. J. erscheinen. Es liegt in
der Absicht, in dieser Zeitschrift alle amtlichen
Materialien, welche über die Entwicklung des
Kleinbahnwesens, sowohl in Preußen als in den
benachbarten Staaten Deutschlands und des Aus-
landes erwachsen, zu sammeln und zu veröffent-
lichen. Daneben sollen die wichtigsten finanziellen
und technischen Ergebnisse auf dem Gebiete des
Kleinbahnwesens Berücksichtigung finden; endlich
liegt es in der Absicht, in dieser Zeitschrift auch
eine Sammelstelle für die wissenschaftliche Bear-
beitung des Kleinbahnwesens nach der recht-
lichen, wirtschaftlichen und technischen Seite zu
gründen.

Neustrelitz, 14. Oktober. Der Großherzog
kehrte heute aus Paris wieder zurück.

Wiesbaden, 14. Oktober. Für den Dist-
rikt und Oberverwaltungsbezirk, wo bisher Prof. Dr.
Grimm als gemeindefürsorgender Kandidat der
Nationalliberalen und Konserverativen gewählt
wurde, haben die Konserverativen jetzt den Sym-
nasialdirektor Prof. Dr. Fricke-Wiesbaden, früher
Dillenburg, als eigenen Kandidaten aufgestellt.
Die Nationalliberalen haben noch keinen Kandi-
daten nominirt. Prof. Grimm lehnte hohen Alters
wegen die Wiederannahme des Mandats ab. Im
Kreise Limburg wird der wienaufgestellte
Zeitungskandidat Geyers ebenfalls gewählt.

Sigmaringen, 14. Oktober. Se. Majestät
der Kaiser hat dem Fürsten telegraphisch mit-
getheilt, daß der Prinz Friedrich von Hohenzollern
zum kommandirenden General des 3. Armee-
korps ernannt worden sei.

Dresden, 14. Oktober. Herzog Alfred von
Sachsen-Koburg-Gotha trifft am Dienstag zum
Besuch des hiesigen Hofes in Dresden ein.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. Oktober. Zur Beförderung der
Geschäfte des hydrographischen Dienstes werden
ein selbstständiges Zentralbureau beim Ministerium
des Innern und hydrographische Abtheilungen bei
den politischen Landesstellen errichtet.

Frankreich.

Paris, 13. Oktober. Der außer Dienst ge-
tretene Korpskommandeur Mattel soll alsbald
rehabilitirt werden und an Stelle des Gutsins Vor-
sitzender des technischen Minister-
Komittees werden, welchem Mangel an Initiative und En-
schiedenheit in Bezug auf die Feststellung der
neuen Gesichtspunkte vorgeworfen wird.

Die Anzahl der künftigen Mitglieder des
Oberkriegsrathes ist von 12 auf 10 herabgesetzt
worden; dem Vorsitzenden des Artillerie- und des
Geniekomitees ist die ständige Mitgliedschaft wieder
entzogen. In dem beglücklichen Rapport des
Ministers an das Staatsoberhaupt findet sich die
sehr seltene Bemerkung, in Anbetracht des vertrau-
lichen Charakters der meisten an den Oberkriegs-
rath gebrachten Fragen sei es angezeigt, die Mit-
gliederzahl nicht zu sehr zu vermindern und nur
die Elemente des hohen Truppenkommandos in
diese Behörde eintreten zu lassen. Sehr schmeich-
lich für die zwei Generale, die jetzt aus dem Ober-
kriegsrath hinausgedrängt worden sind.

„Avenir militaire“ bleibt dabei, daß General
Ferrons Entbindung von dem Generalkommando
in Bordeaux mit kritischen Bemerkungen in Zu-
sammenhang stehe, welche der Generalinspektor
de Galiffier anlässlich der letzten Visitation über die
beim 18. Korps beobachteten eigenmächtigen Ab-
weichungen von den Gefechtsvorschriften gemacht
haben soll. Nach offizieller Lesart ist aber Ferron
mittlerweile mit dem eventuellen Oberkommando
des Alpenarmes betraut worden, was zunächst das
Inspektionsrat des 14. und 15. Armee-korps in sich
schließt und zweifellos keine Ratschlagung zu
nennen ist.

In den Schriftstellerkreisen von Paris hat
Frau Adam wegen ihrer Unkommanie den Epit-
namen „Grande Duchesse“ erhalten.

Paris, 14. Oktober. Die Blätter fahren
fort, den fideleischen Charakter der französisch-
russischen Vereinigung hervorzuheben.

Nach hier eingegangenen Nachrichten sind
gestern in zahlreichen Städten, insbesondere in
Havre, Troies und Cherbourg, zu Ehren des Be-
suches des russischen Geschwaders Festlichkeiten
veranstaltet worden.

Der Reisende Nijon ist am Dienstag in Ro-
tom eingetroffen und hat sich am Donnerstag
nach Frankreich eingeschifft.

Nach hier vorliegenden Nachrichten aus
Buenos Ayres ist der Minister Quintana nach
Santa Fe abgezogen, um die Ruhe wieder her-
zustellen.

Eine Gesellschaft in Havanna unternimmt
eine große Tabakanpflanzung in Argentinien. Die
argentinische Regierung verspricht, das Unternehmen
durch Erhöhung der Zölle auf importirten Tabak
zu begünstigen.

Toulon, 13. Oktober. (Eigener Bericht.)
„Der große historische Tag“, das ist das gewöhn-
liche Schlagwort, welches die Presse ganz Frank-
reichs für den Tag des Russenbesuchs anwendet.
— Ist endlich angekommen. Noch die ganze ver-
gangene Nacht regten sich tausende von Händen
in fieberhafter Thätigkeit, um die letzten Details
in der Ausschmückung des Hafens und der Stadt
zu vollenden. Die Hotels sind bis auf die letzten
Dachzimmer besetzt und trotz der Verdränge des
Munizipalraths, durch Magistralen für Lebens-
mittel, Zimmerpreise u. s. w. eine allzustre-
fende Ausbeutung der Fremden durch die Gasthö-
fiker u. s. w. zu verhindern, haben die Preise
ganz ungläubliche Höhen erreicht, ein Umstand,
welcher vielleicht den Enthusiasmus der zahlreichen

Fremden in Toulon einigermaßen dämpfen
dürfte. Uebrigens fehlt es bereits jetzt schon nicht
an Enttäuschungen. So z. B. erweist sich ein
Sturm der Entrüstung gegen die Munizipalität,
welcher man den Vorwurf macht, die Vorberei-
tungen zum Empfang des russischen Mittelmeer-
geschwaders nicht mit genügender Umsicht und
Energie betrieben zu haben; entweder sei der
Munizipalrath schlecht beraten worden, oder ganz
einfach unfähig gewesen; jedenfalls sei das
Ensemble der Ausschmückung der Stadt und des
Hafens u. s. w. weit von dem Bild entfernt,
welches der Munizipalrath selbst anstrebte.

Diese Ansicht wird von fast allen in Toulon
ankommenden Fremden, Franzosen oder nicht
Franzosen getheilt; man erwartet alle möglichen
großen Dinge und findet ziemlich kleinliche Fest-
vorbereitungen. Zweifellos unter dem Druck der
öffentlichen Meinung hat die Munizipalität in der
Presse bestimmt versprochen, die letzten Tage vor
der Ankunft des russischen Geschwaders noch
bestens zu verwenden, und wahr Wunderwerke
aus der Erde zu stampfen; allein wie ich heute
nach einem letzten Rundgang konstatiren konnte,
bleibt es bei den Versprechungen und die Ent-
täuschung der Neuankommenen ist noch größer
als der früheren Angekommenen, weil diese immer
noch von den letzten Tagen eine vollständige Ren-
derung hoffen.

Der riesige Saal „des Gardais“, in welchem
der große Ball zu Ehren der russischen Marine
stattfindet, war heute Morgen noch nicht voll-
ständig angefüllt; 200 Arbeiter aus dem Arse-
nal waren die ganze Nacht über beschäftigt und
während des Balles selbst wird es noch stark
nach frischer Farbe riechen.

Dieser untergeordnete aller Vorbereitungen
wird selbst von der französischen Presse nicht ge-
lignet und zahlreiche heftige und anstößige
Blätter machen bereits der Regierung einen
schweren Vorwurf daraus, die Leitung der ganzen
Vorbereitungen und Festlichkeiten nicht selbst
übernehmen zu haben, nachdem der Besuch des
russischen Geschwaders überhaupt einmal offiziell
angekündigt war.

Um den Empfang des Admirals Delaune
mit seiner Flotte möglichst offiziell zu gestalten
und den Festlichkeiten geradezu den Siegel einer
arresten politischen Begebenheit, d. h. einer Inaugu-
ration der russisch-französischen Allianz auszu-
drücken, beschloß das bereits am 1. Oktober
Bureau der bisherigen französischen Kammer, als
Vizepräsident des französischen Parlaments, an dem
Empfang des russischen Geschwaders theilzuneh-
men; diese künftige Galanifestation und Wieder-
belebung einer bereits todtten Korporation hat
nicht verfehlt, bei manchen nicht ganz in den
Strudel des Russentums gerathenen Blättern
Heiterkeit zu erwecken. Inzwischen hat sich das
Bureau der früheren Kammer gegen den Vor-
wurf der Unpopularität dadurch zu schützen gesucht,
daß es sich einmüthig darüber vergewisserte,
daß Casimir Perier zum Kammerpräsidenten mit
großer Wahrscheinlichkeit wiedergewählt werde.

Wenn das Wetter, was nicht unmöglich
scheint, nicht schlecht wird, so wird die Ankunft
des russischen Geschwaders ein ganz prächtiges,
impassantes Schauspiel bieten. Bereits jetzt liegen
32 große Passagierdampfer im Hafen, ein wahrer
Wal von Wästen erhebt sich schon jetzt aus den
Häfen, und man ist begierig, ob die ganze
russische Flotte mit den französischen Kriegs-
schiffen alle im Hafen Anstellung nehmen wer-
den können. In zwei Stunden werden die rus-
sischen Schiffe erwartet und schon jetzt — es ist
10 Uhr Morgens — sind die Hafendämme mit
Menschen bedeckt, welche, mit Fernrohren be-
waffnet, nach dem ersten „Rufen“ ausfahren.
Nach dem Programm kommt das russische Ge-
schwader um 12 Uhr an, nachdem es durch eine
im entgegenfahrende Division von Kreuzern
unter dem Oberbefehl des Kapitäns Bernadé
begleitet worden. Um 1 Uhr wird der Admiral
Delaune beim Hafenausgang aus dem Hafen, wo er
von dem Kontradmiral Bocanegra, dem Kontra-
admiral Elane und dem Vizeadmiral Vigue
empfangen wird. Der General Waller wird den
Kontradmiral Elane im Namen des Kriegsministers
begleiten. Die Truppen bilden Spalier bis zur
„Préfecture maritime“, wo der Kriegsminister
und der Marineminister den russischen Admiral
empfangen werden. Dann erfolgen die Gegen-
besuche an Bord der russischen Schiffe. Um 3
Uhr Empfang des Admirals durch die Munizipal-
ität auf dem Carré des Handelsplatzes und
Abends großes, vom Admiral Rouvier veran-
staltetes Diner.

So vergeht der erste „Russentag“ in Toulon.
Toulon, 14. Oktober. Die Stadt hatte
gestern Abend Illuminirt. Eine sehr große Volks-
menge begrüßte den Admiral Delaune, welcher
auf dem Balkon der Seeprefektur er-
schien; der Admiral dankte, indem er sich gegen
das Publikum neigte. Als dann auf ein ge-
gebenes Zeichen vollkommene Ruhe eintreten war,
erhoben sämtliche russische Offiziere den Ruf:
„Es lebe Frankreich!“ Die russischen Offiziere
kehrten um 11 Uhr Abends an Bord ihrer Schiffe
zurück, abermals durch lebhafteste Zurufe vom Volke
begleitet. Admiral Delaune hat 50 russische
Offiziere ausgewählt, die ihn nach Paris begleiten
sollen.

Toulon, 14. Oktober. Auf einer an der
Place de la Liberté errichteten Bühne wurde
gestern Abend von Mitgliedern des Balletcorps der
Oper ein Gelegenheits-Ballet aufgeführt. Admiral
Delaune, der Marineminister Rouvier, die rus-
sischen und zahlreiche französische Offiziere wohnten
der Aufführung bei. Die Volksmenge bereite
den Schluß derselben dem Admiral Delaune und
den russischen Offizieren lebhafteste Ovationen.

Italien.
Rom, 13. Oktober. Das ständische
Publikum Italiens hat gelegentlich der vieler-
prochenen Dokumente Tanlongos eine schwere
Enttäuschung erfahren, nicht als ob die langer-
warteten Dokumente unrichtig wären; aber nach
ihrer Veröffentlichung sah man alsbald ein, daß
dieselben fast nichts Bedeutendes vorbrachten, und
daß auf angelegte Enthüllungen gefesteten Hoff-
nungen vergeblich stand.

Bekanntlich befindet sich der frühere Direktor
der römischen Bank, Bernardo Tanlongo, unter
der Auflage betrügerischer Mandate, welche zum
Ruin der römischen Bank beitrugen. Sein Sohn
Pietro Tanlongo, welcher in den nämlichen Stan-
dalsprozeß verwickelt ist, war vor kurzer Zeit aus
der Haft entlassen worden. Bald nach seiner
Freilassung verbreitete sich das Gerücht, Pietro

Tanlongo habe bei einem Anwalt zahlreiche wichtige
Dokumente in Sicherheit gebracht, welche seinen
Vater vollständig rechtfertigten, dagegen sehr hohe
politische Persönlichkeiten schwer kompromittirten
konnten, die Nachricht hiervon machte große Sen-
sation. Während die Blätter die gewagtesten
Vermuthungen über den Inhalt der Dokumente
aufstellten, hofften die Politiker, in den ange-
kündigten Dokumenten gütliche Beweise gegen
ihre Gegner zu finden.

Die angeblich erwartete Publikation der
Tanlongoschen Dokumente, welche nur in einer
beschränkten Anzahl von Exemplaren in den Buch-
handel kamen, hat nun vor wenigen Tagen statt-
gefunden und zwar zu allererst durch die „Tri-
buna“, welche sich Büchsenabzüge der gedruckten
Dokumente zu verschaffen gewußt hatte.

Die Broschüre Pietro Tanlongos enthält eine
große Anzahl von Briefen, welche durch Personen
von höchstem und allerhöchstem Range an den
Direktor der römischen Bank gerichtet worden
waren; aber man sucht vergeblich Stellen in der
Broschüre, welche Bernardo Tanlongo entlassen
oder seine Korrespondenten kompromittiren könnten.
Die ganze Broschüre beweist nur, daß der Di-
rektor der römischen Bank vorzügliche Beziehungen
und Verbindungen hatte, ja daß er sogar mit dem
König Viktor Emanuel in geschäftlicher Beziehung
stand, — aber weiter nichts. Unter den Brief-
schreibern befinden sich auch Minister, wie
Cassimiri, Locasa und Giolitti, aber ihre Kor-
respondenzen betreffen durchaus nichts gegen sie.
Man beachtete ferner, daß Tanlongo zu seiner
Ernennung zum Senator oder gab ihm ein Neu-
bezugnis in irgend einer geschäftlichen Angelegenheit.
Manche bekannte politische Persönlichkeiten machten
von ihrem Einfluß Gebrauch, um einen ihrer
Günstlinge in etwas kategorischer Weise dem Di-
rektor der römischen Bank zu empfehlen. Aus
allem ergibt sich indessen durchaus nichts Be-
lachelndes für irgend eine der in der Broschüre
genannten Persönlichkeiten, und mit Recht bemerkt
die „Tribuna“, daß, wenn Pietro Tanlongo be-
weisen wollte, daß sein Vater vor der Verhaftung
in großen Ansehen stand, dies eine überflüssige
Arbeit war, denn Niemand hatte damals an
Bernardo Tanlongo gewagt; wenn dagegen der
Sohn des verhafteten Bankdirektors die Regie-
rung oder sonstige Persönlichkeiten kompro-
mittiren wollte, so sei dieser Versuch vollständig
mißlungen.

Von der ganzen Broschüre ist eigentlich bloß
ein kleiner Theil interessant und zwar der Anfang.
Der Verfasser behauptet darin, sofort nach der
Verhaftung seines Vaters Crespis 17 durch ver-
schiedene politische Persönlichkeiten an Bernardo
Tanlongo gerichtete Briefe, welche für verschiedene
Personen sehr kompromittirende Thatsachen ent-
hielten, übergeben zu haben. Er protestirt gegen
den Veracht, die Korrespondenz seines Vaters zu
politischen Zwecken ausbeuten zu wollen,
und reproduzirt mehrere vergeblich an Crespis ge-
richtete Briefe, in welchen er diesen um Rückgabe
der ihm anvertrauten Briefe bittet, und zwar,
weil das Gerücht ging, Crespis wolle die Do-
kumente der Enquete-Kommission übergeben.

Wenn Pietro Tanlongo Recht hat, d. h. wenn
Crespis in der That die an den früheren Direktor
der römischen Bank gerichteten Briefe zurückhält
und ihrem rechtmäßigen Besitzer verweigert, so
durfte man nicht annehmen, daß die Briefe,
wenn auch nicht direkt gütliche und kompro-
mittirende Thatsachen enthalten, so doch zum
mindesten sehr interessant sind.

Es handelt sich also um die Frage, aus
welchem Grunde Crespis die Briefe zurückbehält,
d. h. zu welchem Zweck er dieselben benutzen will
und welchen Anlaß er hierzu wählen wird.
Natürlich hat diese Angelegenheit Anlaß zu
den unwahrscheinlichsten Gerüchten gegeben; in-
dessen ist man auch in ersten politischen Kreisen
der Ansicht, daß Crespis wohl eine ganz bestimmte
Absicht mit den Briefen haben muß und daß man
in nicht allzu ferner Zeit Enthüllungen erwarten
darf, welche sicherlich erstens zu neuen Ver-
werden als die Dokumente Tanlongos. Wenn Crespis
überhaupt bestimmte Pläne mit diesen Briefen
hat, so dürfte er dieselben wohl zu allererst wäh-
rend des Prozesses selbst ausführen. Die Ver-
handlungen gegen Tanlongo und Konforten be-
ginnen erst Anfangs Januar 1894. Wahrscheinlich
wird der Bericht des siebenkömmissen beim Wie-
derzusammentritt der Kammer dem Präsidenten
Zanardelli vorgelegt werden. Jedoch will man
bis zu Ende des Prozesses vollständiges Geheim-
nis über den Bericht bewahren, um die Richter
nicht durch die Enthüllungen des Berichtes zu
beeinflussen. Hier dürfte vielleicht Crespis Aktion
einflehen.

Spanien und Portugal.

Madrid, 13. Oktober. Die Nachricht der
Abberufung der militärischen Vertretung Spaniens
beim Sultan von Marokko stimmt wenigstens mit
dem in Tanger verbreiteten Gerücht überein, wo-
nach Aulein-Hajon den Konflikt mit einer feier-
lichen Anerkennung der spanischen Rechte in Melilla
und der Einwilligung zur Bezahlung einer Kriegs-
Entschädigung beigelegt hätte.

Die militärischen Missionen, welche Spanien,
Frankreich und Italien am marokkanischen Hofe
in Jex unterhalten, bestehen aus 2 oder 3 Offi-
zieren und einigen Unteroffizieren. Da sie ge-
wöhnlich den Hof überall hinbegleiten, so sind sie
in der Lage, ihren resp. Regierungen werthvolle
Informationen zu geben, welche selbst den
in Tanger ansässigen Diplomaten nicht zugänglich
sind. Vielleicht hat die spanische Regierung, welche
nur mit Mühe den Kriegszustand der Bevölkerung
widersteht, einen doppelten Zweck mit dieser Ab-
berufung der militärischen Vertretung vom Hofe
des Sultans, nämlich den Zweck, den Sultan mit
einem vollständigen Abbruch aller Beziehungen, dem
Beispiel wirklicher kriegerischer Unternehmungen
zu betöhlen, und zugleich der öffentlichen Meinung
zu betöhlen, die über den Abbruch eine Gewährung zu
geben. Jedenfalls wird sich die spanische Re-
gierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung
zu der Entsendung einer größeren Truppenmacht
nach Melilla entschließen müssen.

Madrid, 13. Oktober. Der Minister des
Innern berichtet auf seinem Rücktritt. Die Lösung
der Krise ist aufgehoben. Ein Ministerkabinett
wurde auf morgen zusammenberufen.

Von Malaga werden morgen Vertretungen
nach Melilla abgehen.
Die Kabinets haben gegenüber der Melilla
vier ältere Gesandte aufgegeben. Die Lage ist
unverändert. Wie verlautet, soll das zweite Arme-
korps in nächster Woche in Melilla vereinigt sein.

Großbritannien und Irland.

London, 14. Oktober. Der „Times“ wird
aus Simla von gestern gemeldet, die Russen hät-
ten den Versuch gemacht, Ansprüche auf die von
den Afghanen besetzten Distrikte Schiguan und
Kosjan mit Gewalt zur Geltung zu bringen.
Der Oberst Wamounsky, ein Sohn des russischen
Kriegsministers, habe durch das Murghab-Gebiet
nach Darvaz in Buchara marschiren wollen; die
Afghanen hätten Widerstand geleistet, auf die
Russen geschossen und dieselben zurückgedrängt.
Diese hätten sich auf das andere Ufer des Murghab
zurückgezogen und dort verschanzt.

Dover, 14. Oktober. Der von Ostende
kommende Dampfer „Marie Henriette“ stieß in
der letzten Nacht mit einer kleinen dänischen
Golette zusammen und brachte dieselbe zum
Sinken. Fünf Personen von der Golette sind
um Leben gekommen. Die Passagiere und die
Crew des Dampfers trafen mit dreistündiger Ver-
spätung in London ein.

Dänemark.

Kopenhagen, 13. Oktober. Der Finanz-
minister hat dem Reichstag einen Vorschlag auf
Herabsetzung des Einfuhrzölles auf Korktropfen
von 64 auf 34, Dore pro Pfund vorgelegt, da
Spanien diese Zollermäßigung als conditio sine
qua non für die Abschließung eines Handels-
vertrages aufgestellt hat.

Amerika.

Washington, 13. Oktober. Nach einem
vom amerikanischen Konsul in Guatemala an die
Regierung gerichteten Telegramm hat sich der
Präsident von Guatemala gestern zum Diktator
erklärt. Der Kongress ist aufgelöst worden; neue
Wahlen wurden angeordnet.

Auf eine an ihn gerichtete Anfrage erklärte
Booth, er würde um 6 Uhr Abends nochmals
im Senat den Antrag stellen, die ganze Nacht zu
tagen und die Sitzung fortzusetzen zu lassen, bis
eine Abstimmung erfolgt sei.

Newyork, 14. Oktober. Nach neueren Mel-
dungen sind bei dem gestern erfolgten Zusammen-
stoß zweier Bergungsschiffe bei Sachon zwölf
Personen getödtet und etwa zwanzig verwundet
worden.

Gestern herrschte hier ein heftiger Sturm,
welcher große Störungen in dem Post- und Tele-
graphenverkehr, besonders zwischen den Städten
Philadelphia, Newyork und Washington verur-
sachte.

7. pommerische Provinzial-Synode.

VI. Stettin, 15. Oktober.

Auf die an Se. Majestät den Kaiser ge-
richtete Adresse der Synode ist folgende Antwort
eingegangen:
„Se. Majestät der Kaiser und Königin sind
durch die Berücksichtigung dieser Angelegenheit be-
rührt worden und lassen für die ihm gesandten
treuen Segenswünsche herzlich danken. Auf
Allerhöchsten Befehl.“

Lucanus,
„Ob. Rabultrath.“

Die schon berichtet, referirte namens der
Agende-Kommission Herr Konsistorialrath Brandt
leitete über den I. Theil des Entwurfes von
Formularen für die Agende der evangelischen
Landeskirche. Derselbe hat hervor, daß die Agende-
Vorlage die wesentlichen der gegenwärtigen
Synode sei und daß es deshalb geboten erscheine
die Berathung sachlich, ernst und doch mit ge-
wisser Zurückhaltung vorzunehmen. Es hat kaum
jemals eine Vorlage zur Verhandlung gestanden,
welche so eigentlich synodal gewesen sei, als die
vorliegende, und wenn dieselbe auch nicht neues
bringe, so enthalte dieselbe doch ganz erhebliche
Gegebenheiten gegen die Agende vom Jahre 1829.
Der Referent macht darauf aufmerksam, daß die
Kommission beschlossen habe, einen Antrag für
die evangelische Kirche Pommerns zu beantragen
und daß zur Verabreichung des Entwurfes dieses
Antrages eine Sub-Kommission eingesetzt sei. Der
Referent geht sodann auf die Arbeiten der Kom-
mission und die Anträge derselben ein.

Folgender Antrag wird ohne Debatte ange-
nommen:

„Dem evangelischen Oberkirchenrath vor-
 allem dankbare Zustimmungserklärung zu dem
vorliegenden Entwurf der Agende im Allgemei-
nen zu geben.“

Ein weiterer Antrag geht dahin, „bei dem
evangelischen Oberkirchenrath zu beantragen, daß
für jeden Sonntags- und Festtag der Anfang der
Liturgie bis zum Glaubensbekenntnis besonders
aufmerksam gestellt und in die Agende auf-
genommen werde.“ demgemäß wird beschlossen.

Es folgen sodann eine ganze Reihe von An-
trägen, welche Änderungen des Entwurfes be-
treffen. Es würde zu weit führen, wollten wir
hier auf alle diese meist kleinen Änderungen ein-
gehen, hierzu bietet unser Blatt nicht genügend
Raum; wir erwähnen daher nur einige Haupt-
anträge. So wurde beschlossen: „Waltargasse
des Geistlichen in der Liturgie abzuheben, kann es
dabei sein Benden haben.“ Ferner soll an den
evangelischen Oberkirchenrath die Bitte gerichtet
werden, daß für die Landeskirche der alten preu-
sischen Provinzen noch zwei neue Vortragsentwürfe
ausgegeben werden, wie die Kirchen in Württem-
berg, Hannover und am Rhein solche haben, mit
Berücksichtigung gewisser Abschnitte aus dem alten
Testament.

Eine längere Debatte rief ein Antrag des Pastor
D. Wollersdorf-Greifswald und Genossen
hervor, welcher sich auf die Abgabe des Glaubens-
bekenntnisses bezieht und dahin geht: „Die Pro-
vinzial-Synode möge sich gutachtlich zu folgendem
äußern:

„In Stelle des apostolischen Glaubens-
bekenntnisses kann, wo es schon bisher üblich war,
immer, in den übrigen Kirchen aber im geeigneten
Maße das Lied „Wir glauben All an einen
Gott“ oder ein anderes kirchliches Glaubenslied
gelesen werden. Auch kann zu Zeiten statt des
apostolischen das lutherische Glaubensbekenntnis zur
Anwendung kommen.“

Nachdem Herr D. Wollersdorf den An-
trag in wärmerer Weise begründet und derselbe
auch von Herrn Professor Dr. Bierling-
Greifswald befürwortet ist, wenden sich die Herren
General-Superintendent Pötter, Professor D.
Cremmer, Superintendent Dr. Schülke-
Gollnow und Konsistorial-Präsident Dr. Rich-

Bant-Papierre.			
Dividende von 1892.			
anf f. Sprit	62,50		
Prob. 3%	85,500		
f. V. B. 6%	131,250		
Sölzgel. 7 1/2%	131,250		
Eisc. Disc.			
Bauk. 4 1/2%	99,500		
Trast. 5 1/2%	--		
f. d. B. 9%	151,00		
d. Gen. 6%	114,250		
Disco. Conto 6% 171,700			
Dresd. B. 7% 136,250			
Nationals. 6 1/2% 105,900			
Romm. Hyp.			
cont. 6% 113,000			
Pr. Cent.			
Bod. 9 1/2% 139,000			
Reichsbant 8 1/2% 150,100			
Geld- und Papiergeld.			
Maten per St.	9,695	Engl. Banknot.	20,300
Ausweis	20,315	Franz. Banknot.	80,705
Russ.-Stücke	16,155	Delft. Banknot.	160,750
d-Dollars	4,175	Holländ. Noten	212,205
Bant-Discount.			
278,905	Reichsbant 5 Lombard 5 1/2	Wechsel.	
253,000	bez. 6	Kours v.	
% 100,000	Privatdiscount	4. Oktbr.	
117,000	4 1/2 b		
131,500			
287,750	Amsterd. 8 T.	2 1/2 %	169,000
141,500	do. 2 M.	2 1/2 %	167,800
65,500	Belg. Plätze 8 T.	3 1/2 %	80,600
220,000	do. 2 M.	3 1/2 %	80,200
107,750	London 8 Tage	2 1/2 %	20,825
114,700	do. 3 Monate	2 1/2 %	20,325
50,000	Paris 8 Tage	3 %	80,700
159,250	do. 2 Monate	3 %	80,350
	Wien, öherr. W.S.Z.	4 1/2 %	160,500
	do. 2 M.	5 1/2 %	159,000
% 104,500	Schwedt. Pl. 10 T.	4 %	80,650
% 230,000	Staats. Pl. 10 T.	5 1/2 %	72,190
85,000	Petersburg 3 Wch.	6 %	211,500
58,500			